

Zuzug und Unterbringung von Flüchtlingen

Im Jahr 2015 sind rund 3.000 Flüchtlinge nach Münster gekommen, 62 % davon allein im vierten Quartal.

Mehr als 1/3 der Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr zugewiesen wurden, stammen aus Syrien. Weitere häufige Herkunftsländer waren Irak und Afghanistan.

Die Zuzüge aus den Westbalkanstaaten waren vor allem in der ersten Jahreshälfte stark; bis einschließlich August lag ihr Anteil bei durchschnittlich fast 2/3. Die Zahlen gingen ab September jedoch drastisch zurück. Im Oktober lag der Anteil der Personen aus den Westbalkanstaaten nur noch bei 11 %, im Dezember kamen bereits weniger als 2 Prozent der zuziehenden Menschen aus den Westbalkanstaaten.

Zwischen Weihnachten und Neujahr sind keine Zuweisungen erfolgt. In der ersten Januarwoche waren 61 Zuzüge zu verzeichnen, in der zweiten 150 und für die dritte Woche sind 91 Zuweisungen angekündigt. Damit hat sich die im Dezember übermittelte Prognose von bis zu 300 Zuweisungen wöchentlich im Januar glücklicherweise nicht realisiert.

Aktuell leben 4.030 Menschen in städtischen Unterbringungseinrichtungen. Die drei Landesnotunterkünfte verfügen über 1.610 Plätze, die derzeit allerdings nicht voll ausgelastet sind.

Für die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen liegt weder seitens des Landes noch des Bundes eine Prognose vor. Es ist aktuell jedoch davon auszugehen, dass der Zuzug in 2016 zunächst auf hohem Niveau anhalten wird.

Es werden daher dringend weitere Unterbringungskapazitäten benötigt. Für 2016 sind insgesamt bereits etwa 2.600 neue Plätze geplant bzw. zu Beginn des Jahres bereits bezogen. Es ist absehbar, dass diese Kapazitäten nicht ausreichen werden, zumal einige Standorte in 2016 aufgegeben werden müssen. Abhängig vom weiteren Zuzug könnte bereits im Februar / März ein Engpass eintreten. Die Suche nach neuen bzw. die Erweiterung bestehender Standorte muss weiter forciert werden.

Darüber hinaus gilt es, die erforderliche Infrastruktur, vor allem im Bereich KiTa und Schule, dem wachsenden Bedarf anzupassen und den Wohnungsbau voranzutreiben. Als Ergebnis der Sondersitzung des Verwaltungsvorstandes am 12. Januar wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die die damit verbundenen Flächenbedarfe koordinieren wird.